

DIE LINKE. Stadtfraktion Wiesbaden
Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

An Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

- im Hause -

Julia Seidel
Fraktionsreferentin

Telefon: 0611 31-2715
Fax: 0611 31-5917
Email: Julia.Seidel@wiesbaden.de

Wiesbaden, den 16. November 2021

**Ergänzungsantrag der DIE LINKE. Stadtfraktion Wiesbaden zu TOP 21-V-53-0012
„Impfpersonal“ für den Ausschuss Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und
Gesundheit am 18. November 2021**

Impfpersonal

Angesichts der kontinuierlich steigenden Zahlen von Infektionen mit Sars-CoV-2 ist zu erwarten, dass auch in Hessen und in Wiesbaden die Hospitalisierungsinzidenz bis Mitte Dezember weiter steigt. Sie liegt derzeit bei 4,42 in Hessen, 241 Intensivbetten sind mit Sars-CoV-2-Patient*innen belegt. Wenn die Hospitalisierungsinzidenz auf mehr als 15 steigt oder mehr als 400 Intensivbetten belegt sind, gilt in Hessen die Eskalationsstufe 2. Danach sind Zugangsbeschränkungen zu Veranstaltungen vorgesehen, insbesondere soll dann die 2G-Regel greifen. Dies gilt auch für das RMCC.

Schon jetzt ist das Gesundheitsamt in Wiesbaden an der Belastungsgrenze, was die Kontrollen und Kontaktnachverfolgungen der Infizierten betrifft. Die zu erwartenden Booster-, aber auch die hoffentlich einsetzenden Erstimpfungen werden das vorhandene Personal in den Impfzentren und Arztpraxen weiter belasten. Eine sofortige Aufstockung der Impfzentren ist deshalb unerlässlich, wird aber als einzige Maßnahme nicht ausreichen.

Vor diesem Hintergrund stellt der AfD-Parteitag am 11. und 12. Dezember im RMCC in Wiesbaden eine ernste Gefährdung der hiesigen Bevölkerung dar. Der am 20. und 21.11.21 vorgesehene AfD-Parteitag in Prenzlau, Brandenburg, wurde von der Partei selbst abgesagt, da aufgrund der dort geltenden 2G-Regel es für einen großen Teil der Mitglieder Probleme bei der Teilnahme gegeben hätte. Nach der Einschätzung des stellvertretenden Vorsitzenden der AfD-Brandenburg, Lützwitz, seien deutlich mehr als die Hälfte der AfD-Mitglieder des Landes nicht geimpft. Dies dürfte auch für die Teilnehmer*innen des Bundesparteitags der AfD in Wiesbaden gelten.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat möge Sorge tragen,

1. dass die WICM mittels Gesellschafteranweisung den Vertrag mit der AfD wegen der zu erwartenden Verschärfung der Corona-Inzidenzen auflöst.
2. dass kurzfristig entweder die 2G-Regel für ganz Wiesbaden, oder mindestens im RMCC eingeführt wird.

gez. Brigitte Forßbohm
Stadtverordnete

i.A. Julia Seidel
Fraktionsreferentin